

Rede Fraktionsvorsitzender Alexander Horlamus für die SPD-Kreistagsfraktion anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2015

Lauf an der Pegnitz, Montag, 9. Februar 2015

Es gilt das gesprochene Wort

Ich freue mich sehr darüber, dass ich dieses Jahr zum ersten Male die Haushaltsrede für die SPD-Kreistagsfraktion halten darf.

Ich darf der eigentlichen Haushaltsrede vorwegstellen, dass wir von der SPD die Zusammenarbeit mit den anderen Fraktionen und der Verwaltung sehr schätzen und darauf bauen, die Zusammenarbeit in der Zukunft noch weiter zu intensivieren.

Im Rahmen der Haushaltsberatung zeigt jedes Jahr aufs Neue, welche politischen Schwerpunkte die einzelnen Fraktionen setzen. Wenig überraschend ist hierbei für die werten Zuhörer sicherlich, dass wir uns von der SPD vorgenommen haben, dem Landkreis einen deutlich sozialeren Stempel aufdrücken zu wollen.

Die Zahlen aus dem Haushaltsentwurf wurden in mehreren Sitzungen der Gremien ausführlichst beraten. Der Kreiskämmerei stand zudem auch unserer Fraktion Rede und Antwort, dafür bereits jetzt herzlichen Dank. Ich erlaube mir daher, das Augenmerk bzw. die Ohren der Zuhörer auf einige wenige Projekte des Haushalts zu lenken.

Zu den Zahlen nur so viel:

Dass eine deutliche Anhebung der Bezirksumlage nur mit Ach und Krach vermieden werden konnte ist ein Alarmzeichen. Es kommt daher aktuell lediglich, aber auch immerhin zu einer Erhöhung der Bezirksumlage um 0,2 %-Punkte. Nicht nur die Landkreise, auch die Bezirkstage sind angehalten verantwortungsvoll mit dem ihnen überlassenen Geld umzugehen. Wir appellieren daher insbesondere an die hier anwesenden Bezirksräte, im nächsten Bezirkshaushalt deutlich zu machen, dass eine weitere Erhöhung der Bezirksumlage nicht mehr hingenommen werden kann.

Die SPD ist seit jeher die Motor im Landkreis, wenn es um Investitionen in den Bildungsstandort Nürnberger Land geht.

Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass der Landkreis aus dieses Jahr kräftig in die Sanierung unserer kreiseigenen Schulen investiert.

Zu nennen sind da insbesondere die Erneuerung des Pausenhofs an der RS Feucht und der Anbau von vier Klassenzimmern, die weitergehende Sanierung der RS Lauf, die Investitionen in das Gymnasium in Röthenbach und der Neubau der Mensa an der Berufsschule in Lauf, der den Bildungscampus in Lauf noch erheblich aufwertet. Nicht zu vergessen natürlich der Neubau der 3-fach Turnhalle in Altdorf, der mit einer Investition alleine im Jahre 2015 in Höhe von 2,2 Mio. € einen riesen Brocken darstellt, aber unumstritten wichtig ist.

Freiwillige Leistungen wie die Bezuschussung der Tribüne in Altdorf werden wir uns dauerhaft nur sehr schwer leisten können.

Unsere Zustimmung finden auch die zusätzlichen Stellen im Bereich der Jugendsozialarbeit an Schulen.

Wir freuen uns auch, dass wieder Gelder für die Bildungsregion eingestellt sind.

Hier gilt es aber aufzupassen. Es kann und darf nicht sein, dass mit diesen Geldern Projekte finanziert werden, die eigentlich vom Freistaat zu tragen wären. Wir unterstützen sehr gerne gute Projekte von engagierten Lehrerinnen und Lehrern, sowie Schülerinnen und Schülern vor Ort, spielen aber nicht die Melkkuh für ein Kultusministerium, das sich dreist seinen Pflichten entzieht.

Auch dieses Jahr muss der Landkreis wieder eigenes Geld für Aufgaben ausgeben, die eigentlich der Freistaat Bayern zu tragen hätte.

Das hat zwar schon seit einigen Jahren System, hat aber nichts von der Skandalträchtigkeit verloren.

Das Konnexitäts-Prinzip hat in Bayern Verfassungsrang, wird aber dennoch regelmäßig und systematisch von der Staatsregierung verletzt.

Wir lassen das nicht durchgehen: Wer anschafft muss auch zahlen!

Dies fängt beim fehlen Staatspersonal im Landratsamt an. Sage und Schreibe 10 Stellen sind derzeit nicht mit Staatspersonal besetzt, obwohl dies erforderlich wäre.

Das ist ein Skandal!

Der Landkreis muss nun 440.000 € für etwas ausgeben, das eigentlich der Freistaat zu zahlen hätte.

Da hilft es auch nicht, wenn der Herr Regierungsvizepräsident nun großspurig ankündigt, dass die Stellen nun nach und nach nachbesetzt werden sollen. Zu oft mussten wir erkennen, dass diesen Ankündigungen keine Taten gefolgt sind. Die Unterversorgung der bayerischen Landkreise hat seit Jahrzehnten Tradition. Es wird Zeit, dass die Landräte hiergegen endlich vorgehen.

Und das geht weiter im Bereich der immer wichtiger werdenden Asylsozialarbeit im Landkreis.

Seitens des Freistaats Bayern gibt es keine Kostenerstattung für Personal im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes. So muss dann auch der Landkreis die Kosten für den so wichtigen Unterkunftsmanager selbst übernehmen.

Regelrecht ein Skandal ist es auch, dass der Landkreis dafür bestraft wird, wenn er freiwillig Geld für die Asylsozialberater ausgibt. Dieses Geld nämlich wird nach dem Willen der Staatsregierung von den von ihr gezahlten Zuschüssen abgezogen.

Hier wird zu Lasten der Asylbewerber Politik gemacht!

Unsere ausdrückliche Zustimmung findet die Personalmehrung im Bereich Asylsozialverwaltung. Leider ist momentan nicht absehbar, dass der Flüchtlingsstrom versiegt.

Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass viele der Flüchtlinge nie wieder in ihre Heimat zurückkehren werden. Dies stellt uns vor besondere Herausforderungen. Insbesondere müssen wir unsere Bemühungen noch weiter intensivieren, für die Flüchtlinge menschenwürdige dauerhafte Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Auch müssen wir alles möglich dazu beitragen, dass wir möglichst frühzeitig mit der Integration der Asylbewerber beginnen. Ein gutes Unterkunftsmanagement ist hier ein erster wichtiger Schritt. Lassen Sie mich zum Bereich der „klassischen“ Sozialverwaltung kommen.

Wir hatten im letzten Jahr die Zustimmung zum Haushalt 2014 an die Bedingung geknüpft, dass etwas im Bereich der Mietobergrenze passiert. Also bei dem Betrag, bis zu dem die Kosten für die Miete bei Bedürftigen durch das Sozialamt übernommen werden.

Wir freuen uns sehr, dass im Haushalt 2015 nun Gelder für eine Erhöhung der Mietobergrenzen enthalten sind. Wir sind uns aber auch bewusst, dass dies aufgrund einer Änderung im Bereich des Bundesgesetzgebers erfolgt und werden sehr kritisch beäugen, ob die Anhebung der Mietobergrenze für den ganzen Landkreis ausreicht. Es kann jedenfalls nicht sein, dass zur Bezahlung der Miete Beträge aus dem eigentlich für die allgemeine Lebenshaltung gedachten Regelsatz abgezweigt werden müssen.

Beängstigend ist nach wie vor der deutliche Anstieg an Fallzahlen im Bereich der Jugendhilfe. Hier steigen die Ausgaben im laufenden Jahr geradezu dramatisch. Wichtig sind hier aber nicht nur die Gelder, die wir auszugeben haben sondern auch die Tatsache, dass hinter jedem Fall ein Einzelschicksal steckt.

Wir müssen uns Lösungsmöglichkeiten einfallen lassen, die langfristig zu einer Reduzierung der Fallzahlen führen. Dies ist aber nicht nur ein landkreisweites, sondern vielmehr bundesweites Problem.

Zu überlegen wäre jedoch, ob nicht über Landes- oder Bundespolitiker Einfluss auf das doch sehr bürokratische und damit ressourcenfressende Genehmigungsverfahren im Rahmen der Eingliederungshilfe genommen werden kann.

Zu einem sozialen Landkreis gehört unserer Meinung nach auch, dass die Angebote der Sozialverwaltung niederschwellig zu erreichen sind.

Hierzu ist es nicht sehr hilfreich, dass die Jobvermittlung des Jobcenters, die Leistungsgewährung des Jobcenters und die Stelle, die für das Wohngeld zuständig ist jeweils räumlich voneinander getrennt untergebracht sind.

Hier gilt es eine Möglichkeit zu finden, wie alle drei Stellen möglichst an einem Ort und das ziemlich zentral, untergebracht werden können.

Erschreckend ist weiter, dass die Zahl der Sozialhilfeempfänger im Landkreis nach wie vor ansteigt. Die Armut macht auch vor dem Nürnberger Land nicht halt. Auch das stellt uns vor große Herausforderungen. Um einen besseren Überblick über die IST-Situation zu bekommen fordern wir ausdrücklich die Fortschreibung des Armutsberichts des Landkreises.

Ein sozialer Landkreis ist aber auch ein fürsorglicher Landkreis seinen Mitarbeitern gegenüber. Es kann nicht sein, dass Landkreismitarbeiter für längere Zeit in Containern arbeiten müssen. Die SPD-Kreistagsfraktion lehnt daher den von der Verwaltung beabsichtigten dauerhaften Bestand der Container ab.

Die Container wurden im Zuge der notwendigen Sanierung des Landratsamtsgebäudes als Übergangslösung angeschafft und eine Übergangslösung sollen sie auch bleiben. Auf Dauer ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Arbeit in einem solchen Container nicht zuzumuten. Hier hilft es auch nicht, wenn man die Container beschönigend als „Nebengebäude“ bezeichnet.

Daher ist auch die im Haushalt vorgesehene energetische Ertüchtigung der Container für 400.000 € nicht mit der SPD-Fraktion machbar.

Ganz nebenbei sollte ein Landratsamt auch ein Aushängeschild für den Landkreis sein. Die Container tragen zumindest nicht dazu bei, das Landratsamtsgebäude als optisches Highlight in Erinnerung zu behalten. Wir stehen für den Erwerb eines möglichst in der Nähe des Landratsamtsgebäudes befindlichen Grundstücks.

Uns ist bewusst, dass das einen nicht unerheblichen finanziellen Kraftakt für den Landkreis bedeuten wird. Hier handelt es sich aber eindeutig um eine vernünftige Investition in die Zukunft, die uns unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wert sein sollten.

Und wir könnten die von der SPD geforderte und soeben erwähnte örtliche Konzentrierung der Leistungsstellen für Sozialhilfeempfänger erreichen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar Worte zur Energiepolitik verlieren.

Wir erwarten uns einiges von der Umsetzung der Maßnahmenkataloge des im Jahre 2012 einstimmig beschlossenen Klimaschutzkonzeptes.

Selbstverständlich steht die SPD auch hier im Landkreis für den Ausbau der Erneuerbaren Energie. Allerdings haben wir den Eindruck, dass die Energiewende im Nürnberger Land etwas ins Stocken geraten ist.

Nicht ins Stocken geraten jedenfalls sind die Bemühungen der SPD hier im Nürnberger Land, die geplante Monsterstromtrasse quer durch unseren Landkreis zu verhindern. Wir scheuen uns auch nicht, hier eine andere Position als der Vizekanzler einzunehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
die SPD-Kreistagsfraktion sieht im Kreishaushalt 2015 eine Reihe richtiger Antworten auf zentrale Herausforderungen für unseren Landkreis. Es bleibt allerdings noch einiges zu tun.

Ich darf im Namen der SPD ganz herzlich der Verwaltung für die transparente Zurverfügungstellung der relevanten Informationen zum Haushalt und die Beantwortung aller unserer Fragen danken und kann die Zustimmung der SPD-Kreistagsfraktion zur Haushaltssatzung 2015 nebst Finanzplanung und Stellenplan ankündigen.